



KANTON AARGAU

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### Per E-Mail

Bundesamt für Justiz

info.strafrecht@bj.admin.ch

19. März 2025

### **20.504 n Pa. Iv. Flach. Folter als eigener Straftatbestand im Schweizer Strafrecht; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2024 wurden die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines spezifischen Foltertatbestands in das schweizerische Strafrecht eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf des Bundesgesetzes Stellung nehmen zu können, und äussert sich dazu wie folgt:

Die Schaffung expliziter Rechtsgrundlagen zur Folter im schweizerischen Straf- und Strafprozessrecht wird nicht als sinnvoll erachtet. Der Regierungsrat kann das Anliegen der parlamentarischen Initiative im Sinn eines politischen Zeichens zwar grundsätzlich nachvollziehen, sieht jedoch keinen Mehrwert durch den Erlass der vorgeschlagenen Bestimmungen. Die vom vorgesehenen Foltertatbestand abgedeckten Tathandlungen sind bereits heute durch andere Straftatbestände wie Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Nötigung abgedeckt. Auch sind durch die vorgesehenen Anpassungen des Bundesrechts keine strafprozessualen Erleichterungen im Rahmen der Strafverfolgung zu erwarten.

Falls entgegen der hier vertretenen Auffassung gleichwohl eine Regelung im Straf- und Strafprozessrecht umgesetzt würde, unterstützt der Regierungsrat die Variante 2, welche neben Beamtinnen und Beamten sowie Mitgliedern von Behörden und politischen Organisationen auch weitere Personen als mögliche Täterinnen und Täter umfasst. Es erweist sich als sachgerecht, den Foltertatbestand nicht auf einzelne Personengruppen zu beschränken, um insbesondere damit verbundene Abgrenzungsschwierigkeiten zu vermeiden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dieter Egli  
Landammann

Joana Filippi  
Staatsschreiberin